

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **07. Juli 2015** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.00** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Jürgen Stober**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **16** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Detlef Hofmann (V)
Dr. Dorothea Hansis (V)
Karin Heidke (V)
Dieter König (V)

Schrifführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Rechnungsamtsleiter Dieter Jänicke**
Bauamtsleiterin Patricia Arnold
stellv. Hauptamtsleiter Helge Wächter

Zu TOP 1: **Ulrike Rohde, Umwelt – und Arbeits-**
schutz Stadt Karlsruhe
Benjamin Steiling, Umwelt – und Arbeits-
schutz Stadt Karlsruhe

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **17.06.2015** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **18.06.2015** ortsüblich
bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen
Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert
mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Eingangs heißt der Vorsitzende die zahlreich erschienen Zuhörerinnen und Zuhörer recht herzlich willkommen.

Zu Punkt 1 der T.O.: **Ambrosia Projekt Neureut
Bericht Frau Rohde -Umweltamt-
-schriftliche Vorlage Nr. 30/2015**

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem TOP vom Umwelt- und Arbeitsschutz der Stadt Karlsruhe Frau Ulrike Rohde und Herrn Benjamin Steiling recht herzlich. Er führt kurz in die Thematik ein und betont dabei, dass die Pflanze große Probleme bereite durch die allergischen Reaktionen, die sie hervorrufe. Zwar seien in Neureut bereits Pflanzen entfernt worden, sie kämen aber immer wieder.

Ulrike Rohde stellt dem Gremium in dieser Sitzung sowohl die Pflanze, deren Ausbreitung als auch das Ambrosienprojekt, für welches sie werben wolle, vor.

Danach ist die Hohe Ambrosie oder auch Beifuß-Ambrosie eine Pflanze, die in Karlsruhe schon seit 1955 in Dammerstock und bereits seit 1877 in Baden-Württemberg bekannt ist. Sie ist einjährig und in Nord-Amerika beheimatet. Die Hohe Ambrosie ist eine durch den Klimawandel (Klimawandelgünstling) begünstigte Pflanze, die mit Trockenheit und Wärme klarkomme, d.h. sie sei sehr konkurrenzstark. Nicht nur diese Bedingungen sind günstig für die Ambrosienausbreitung, sondern auch ihre vielen kleinen langlebigen Samen, die durch Vogelfutter oder Wildäckersaatgut verbreitet wurden.

Karlsruhe sei, so führt Rohde in die Problematik ein, ein sogenannter Ambrosien – Hot – Spot, was bedeute, dass hier ein sehr großes Vorkommen vorhanden sei, besonders in Neureut an der **Linkenheimer Landstraße**, wo mehrere tausend Pflanzen gezählt wurden. Hier habe bereits eine Ausreißaktion mit Unterstützung durch die Ortsverwaltung stattgefunden. In Karlsruhe befinden sich weitere Schwerpunkte am Nussbaumweg (Stauden-Ambrosie). Zudem gebe es noch Standorte in der Yorckstraße, Weinbrennerstraße, Kriegsstraße, Wildacker im Hardtwald, Neuer Rudolf Steiner-Kindergarten (NW-Stadt), Alb.

Anhand von Ambrosiendarstellungen verdeutlicht Ulrike Rohde, dass die Pflanze schwierig zu erkennen und vielgestaltig ist. Sie habe immer wieder ein anderes Aussehen.

Es existiere kein Gesetz, das das Herausreißen der Ambrosie regle (Schweiz hat diese Verpflichtung), die EU mache sich Gedanken über die Problematik, es werde hierzu etwas kommen. In Deutschland gab es am 27.06.15 den ersten Ambrosientag, in dessen Rahmen habe Umwelt – und Arbeitsschutz auch eine Aktion mit der LUBW in der Nordweststadt im Rudolf-Steiner-Kindergarten gemacht.

Die Ambrosie ist eine **hochallergene Art**: Das Besondere an ihr stellt die Tatsache dar, dass 10 Pollen allein bereits zu Bindehautentzündung, Heuschnupfen und Asthma führen. Eine Verlängerung der Heuschnupfenzeit bedeute erhebliche Kosten bzw. Zusatzkosten im Gesundheitswesen. Die Ambrosie blüht bis in den November hinein, d.h. die Heuschnupfensaison wird für viele Monate verlängert. In Südosteuropa oder Nordamerika verursachen Ambrosiensamen Gesundheitsschäden in Millionen-Höhe, es gibt Schätzungen von 193 Mio € bis 1.192 Mill.€ Zusatzkosten im Gesundheitswesen (jährlich) bei bundesweiter Ausbreitung dieser Pflanzenart.

Eine Studie des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ) und des AllergieZentrums der Ludwig-Maximilians-Universität München schätzt die Kosten, die durch die Ausbreitung des neuen Allergens entstehen, jetzt erstmalig auf etwa 200 Millionen bis über eine Milliarde Euro pro Jahr. Dazu hatten die Wissenschaftler Pollenallergiker in Süddeutschland befragt und die daraus gewonnenen Ergebnisse auf Deutschland hochgerechnet

Förderprogramm KLIMOPASS

„Klimawandel und modellhafte Anpassung in Baden-Württemberg“ (KLIMOPASS)

„Klimaänderungen beeinflussen die menschliche Gesundheit in unterschiedlicher Weise“, führt Rohde in das Förderprojekt ein. Der Klimawandel beschert uns neue Krankheiten, indem er allergieauslösende Pflanzenarten oder parasitären Überträgern von Infektionen bessere Lebensbedingungen bietet. Karlsruhe ist seit Jahren von einer zunehmenden Ausbreitung der Ambrosienvorkommen betroffen.

Die Stadt Karlsruhe, Umwelt- und Arbeitsschutz, setzt im Rahmen des Förderprogramms „Klimawandel und modellhafte Anpassung in Baden-Württemberg (KLIMOPASS)“ des Umweltministeriums und der Landesanstalt für Umwelt,

Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg das Projekt „Bekämpfung der Hohen und der Stauden-Ambrosie mittels unterschiedlicher Methoden sowie Durchführung örtlich orientierter Öffentlichkeitsarbeit“ um.

Geplant sei, so Ulrike Rohde, an zwei unterschiedlichen Vorkommen der Ambrosie (Hohe Ambrosie in Neureut und Stauden-Ambrosie in Daxlanden) das händische Entfernen der Pflanzen ebenso wie das maschinelle mittels Einsatz des WAVE-Systems (Verbrühen der Pflanzen mit kochendem Wasser) zu erproben.

Durch vegetationskundliches und floristisches Monitoring ist der Maßnahmenenerfolg zu erfassen.

Das Ziel bestehe darin, eine am Beispiel der Stadt Karlsruhe auf eine städtische Situation angepasste, effiziente Bekämpfungsstrategie zu entwickeln, die Bevölkerung über eine projektbezogene Öffentlichkeitsarbeit in den Prozess einzubinden und somit im Sinne der Nachhaltigkeit der zunehmenden Beeinträchtigung durch Ambrosia zu begegnen. Das Projekt solle im August anlaufen, wobei noch kein Bewilligungsbeschluss vorliege, so Rohde.

Wichtig sei, mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten.

Es werde eine Öffentlichkeitsarbeit mit Ortsbezug im Quartier stattfinden, wobei man ebenso mit den Bürgern in Kontakt treten wolle wie mit den Bürgervereinen. Zudem wolle man Ambrosien-Beauftragte im Quartier suchen, die als Multiplikatoren dienen und auch Menschen, die sich ehrenamtlich beim Ausreißen der Pflanzen engagieren. Informationen über die Ambrosie finden Interessierte unter:

http://www.karlsruhe.de/b3/natur_und_umwelt/klimawandel/info_oeffentlichkeit/ambrosie.

Zudem solle noch eine Telefonnummer veröffentlicht werden, an die sich Bürgerinnen und Bürger anlassbezogen bei Nachfragen zu einem Vorkommen der Pflanzen wenden können.

Zur Veranschaulichung der Vielgestaltigkeit der Pflanze und der schweren Erkennbarkeit reicht Rohde ein Herbar in die Reihen des Gremiums.

Dank für die ausführlichen Informationen kommen nach den Ausführungen von allen Fraktionen des Ortschaftsrates sowie vom Ortsvorsteher.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber will wissen, welche Blütenfarbe die Ambrosie habe und ob Abflammen nicht auch ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung

sei. Die Pflanze blühe in einem unscheinbaren Gelb, erklärt Rohde und erläutert, dass durch Abflammen nicht ganz gezielt gearbeitet werden könne.

Sie möchte solide Aufklärungsarbeit leisten und keine Panik verbreiten, antwortet Rohde auf eine Anregung von **Ortschaftsrätin Brigitte Schmider**, die wissen will, ob es sinnvoll sei, das Projekt in Schulen vorzustellen. Rohde sieht das kritisch, auch unter dem Aspekt der allergischen Reaktionen, besonders bei jüngeren Kindern. Schmider weist auch auf die besonders lange Keimfähigkeit der Ambrosiensamen von 40 Jahren hin.

Auf die Frage von **Ortschaftsrat Klaus Bluck**, wie man beim Entfernen der Pflanze herangehen müsse, sagt Rohde, die Pflanze könne im nichtblühenden Zustand mit Handschuhen als Schutz entfernt werden, blühe sie bereits, solle auch mit Mundschutz gearbeitet werden.

CDU-Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht erfährt auf ihre Nachfrage, wie die herausgerissene Pflanze entsorgt werden solle, dass diese in die Restmülltonne wandern müsse.

Es gebe keinen speziellen Geruch der Ambrosie, antwortet Rohde auf die von **Dr. Stephanie Hugenschmidt, Fraktionsvorsitzende der Grünen**, gestellte Rückfrage. Zudem wisse man noch nicht, ob man mit dem WAVE-Verfahren auch die Wurzeln der Pflanzen erreiche.

In Zusammenfassung der Aussprache kommt es zu folgendem

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Zu Punkt 2 der T.O.:

Antrag der Ortschaftsfraktionen der GRÜNEN und der SPD

Hier: Verbesserung des Ortsbildes und der Wohnsituation an der Grabener Straße

-Stellungnahme zum Antrag

Der Vorsitzende erläutert bei diesem Tagesordnungspunkt einen gemeinsamen Antrag der Ortschaftsratsfraktionen der Grünen sowie der SPD und erinnert daran, dass bereits bei der Gemarkungsrundfahrt 2014 die vorgesehene Planung vor Ort

dargestellt wurde. Damals sei als Ziel genannt worden, einen Antrag hierfür zum Doppelhaushalt 2017/2018 zu stellen.

Zum Inhalt des Antrages führt er aus: Die Fraktionen beantragten, den Bebauungsplan für die Grabener Straße nach Fertigstellung der letzten Neubauten schnellstmöglich umzusetzen, insbesondere die im Bereich des Neubaugebietes auf östlicher Straßenseite vorgesehene Baumbepflanzung. Sollten aufgrund der Gegebenheiten weniger Bäume gepflanzt werden können als im Bebauungsplan vorgesehen, beantragen sie als Ersatz, im Interesse der ansprechenden Gestaltung dieser Ortseinfahrt, andere dort mögliche Begrünungsmaßnahmen. Außerdem beantragen sie im Interesse der Verkehrssicherheit und mit dem Ziel einer Geschwindigkeitsreduzierung auf der Grabener Straße die bereits vorhandenen Verkehrsinseln durch pflegeextensive Begrünungsmaßnahmen hervorzuheben und gleichzeitig attraktiver zu gestalten. Die Fraktionen regten an, dass die Ortsverwaltung auf ein gepflegteres Gesamtbild des westlichen Abschnitts der Grabener Straße zwischen Am Zinken und der Tankstelle hinzuwirken versucht.

Besonders dringlich werde, so zitiert Stober weiter den Antrag, dies unter dem Gesichtspunkt, dass derzeit zahlreiche junge Familien gerade in diesen Abschnitt der Grabener Straße ziehen. Im einschlägigen Bebauungsplan ist die östliche Straßenseite der Grabener Straße als Mischgebiet ausgewiesen, tatsächlich wurde aber eine reine Wohnbebauung genehmigt und realisiert. Deshalb sollte dieses Wohnumfeld möglichst ansprechend, verkehrssicher und immissionsarm gestaltet werden, wünschen sich Grüne und SPD-Ortschaftsratsfraktionen.

Zu diesen Punkten antwortet der Vorsitzende in seiner Stellungnahme: Die im rechtskräftigen Bebauungsplan „Vogelsiedlung, nördl Erweiterung“ dargestellten straßenbegleitenden und zu erhaltenen Bäume existieren bereits seit einigen Jahren nicht mehr. Bedingt durch die mangelnde Vitalität mussten die seinerzeit gepflanzten Nussbäume leider gefällt werden. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die Pflanztiefe dieser Bäume auf Grund der vorhandenen Telekommunikationsleitungen in diesem Bereich zu gering war“. Deshalb scheidet eine Ersatzpflanzung von Bäumen an den ursprünglichen Standorten aus. Alternativstandorte für das Pflanzen von Bäumen gebe es leider nicht.

Zur gewünschten Verkehrssicherheit erläutert der Vorsitzende, dass nach Rücksprache mit dem städtischen Tiefbauamt Begrünungsmaßnahmen auf sogenannten „Überquerungshilfen“ zwar technisch möglich, praktisch jedoch im

gesamten Karlsruher Stadtgebiet bislang nicht praktiziert worden. Aus verkehrsrechtlichen Gründen dürfte lediglich eine niedere Bepflanzung von max. 20 cm angelegt werden. Ob dies die Attraktivität der Grabener Straße steigern werde, in Frage gestellt, so Stober. Denkbar sei von Seiten der Ortsverwaltung, hier eventuell Pflanzschalen aufzustellen.

Hinsichtlich des gepflegteren Gesamterscheinungsbildes westlich der Grabener Straße weist der Vorsitzende darauf hin, dass dies durchaus wünschenswert sei. Jedoch handle es sich bei diesen Grundstücken um private Grundstücke. Und damit existiere keinerlei rechtliche Grundlage, um dies durchsetzen zu können. Hierzu wolle die Ortsverwaltung eventuell die Eigentümer anschreiben und auf die Thematik hinweisen.

Die östliche Seite der Grabener Straße wird geprägt durch Wohnbebauung (Festsetzung im Bebauungsplan: Mischgebiet). Ein möglicher „Spielraum“ der Verwaltung für eine ansprechende Gestaltung des Wohnumfeldes gibt es nur in begrenztem Umfang, da es vorliegend an Freiflächen zur Gestaltung durch Begrünung mangelt. Die Ortsverwaltung schlägt vor, die verbleibenden (kleinen) öffentlichen Grünflächen vor den Grundstücken der Wohnbebauung, könnten mit heimischen blühenden Büschen und Sträuchern (keine Pflanzung von Bäumen möglich!) gestaltet werden. Dies habe beispielsweise Eggenstein-Leopoldshafen in der Form gut gelöst. Eine Gestaltung der privaten Vorgärten mit Heckenpflanzungen oder ähnlichen (durch die jeweiligen Eigentümer der Grundstücke) könnten zusätzlich ebenfalls zu einer ansprechenden Gestaltung beitragen.

Um zu beurteilen, welche Maßnahmen zur Verkehrssicherheit und einem eventuell damit verbundenen Immissionsschutz getroffen werden können, ist eine Verkehrsschau durch die Fachbehörden erforderlich.

Die Ortsverwaltung werde dieses Thema dem Tief- und Ordnungsamt vorlegen. Ziel sei es, die Mittel für die Umgestaltung der Grabener Straße für den Doppelhaushalt 2017/2018 anzumelden.

Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt bedankt sich für die zeitnahe Bearbeitung des Antrags und regte an, kleine Rosen an den gewünschten Stellen zu pflanzen, diese seien nicht sehr pflegeintensiv. Sie weist auch auf den im Bereich Grabener Straße/Teutschneureuter Straße platzierten blühenden Leiterwagen hin, der mit relativ wenig Aufwand zu einem positiven Bild beitrage. Zudem hege sie die

Hoffnung, dass durch eine Begrünung Fahrzeugfahrer angeregt werden, ihr Tempo zu reduzieren. Sie hat ebenfalls vorgeschlagen, mit Patenschaften für die rund 2 qm großen Flächen, „Anwohner mit ins Boot“ zu holen.

Man wolle die Anregung aufnehmen und sie vor Ort besprechen, so der **Vorsitzende**.

Bezüglich der Querungshilfen sollten die Flächen nochmals ausgemessen werden.

Bauamtsleiterin Patricia Arnold unterstreicht, dass die Bepflanzung hier nicht höher als 30 cm sein dürfe, was auch eine Menge Pflegaufwand mit sich bringe. Auch gibt sie zu bedenken, dass die Bereiche mit Müll verunreinigt werden, Gefahren für Fahrradfahrer und überhaupt die Verkehrssicherheit mit sich nachziehen. Das Tiefbauamt habe die Straßenfläche gestaltet, Rückfragen werden zugesagt.

Barbara Rohrhuber, Fraktionsvorsitzende, bemängelt, die Überquerungshilfen seien so unscheinbar, dass sie nicht wahrgenommen werden. Mit einer entsprechenden Gestaltung sei mit einem geringen Betrag eine Aufwertung zu erreichen.

Auch **Ortschaftsrat Klaus Bluck** ist der Meinung, der Bereich sei zu unscheinbar und die Fahrzeuge fahren zu schnell in diesen Abschnitt hinein. Er fordert, den Straßenversatz zu thematisieren.

Ortschaftsrätin Brigitte Schmider regt an, übergangsweise die Überquerungshilfe farblich zu gestalten bis die endgültige Ausführung vorliege.

Zusammenfassend ergänzt der Vorsitzende, dass bei der endgültigen Planung die Zugänge zu den Häusern berücksichtigt werden sollen. Zudem solle es, wo es gehe, öffentliche Stellplätze eingerichtet werden. Die Planung werde dem Gremium vorgestellt werden.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Punkt 3 der T.O.: **Bekanntgaben der Ortsverwaltung**

3.1 Der **Vorsitzende** informiert:

- Auf eine zurückliegende Anfrage von **Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt** bezüglich der Auswirkungen der Stürmlinger Sandgrube auf den Heidensee habe eine Rückfrage beim Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz ergeben, dass die über lange Jahre aufgezeichneten Grundfließverhältnisse eindeutig belegten, dass lediglich eine nach Nord-/Nordwest gerichtete Grundwasserfließrichtung (also im Prinzip Richtung Rhein) stattfindet. Die Fließrichtung wird durch die lokalen Grundwasserstandsänderungen und nicht durch den Rheinpegel beeinflusst. Es komme also unter keinen natürlichen Umständen zu einer Umkehrung der Fließrichtung. Untersuchungen des Wassers im Heidensee Ende der 90-er Jahre im Zusammenhang mit der Erkundung der Altablagerung Heidensee haben keinen Nachweis auf PAK's im Wasser geben.
- Zur Buslinie 71 Heide/Kleines Bruch erläutert der Vorsitzende, dass bisher die Fahrt zweimal um 12.25 und 13.05 über die Neureuter Hauptstraße/Großschneidersweg und Oberfeld verlaufe, um die Kinder nach Hause zu bringen. Durch immer wieder anstehende Baumaßnahmen kam es in den zurückliegenden Wochen zu Beschwerden der Eltern. Diese besagen, dass der Bus leider nicht über das Oberfeld fahren konnte und die Kinder an der entsprechenden Haltestelle nicht mitgenommen wurden. Bei einem heutigen Ortstermin ist die Situation thematisiert und nach einer Lösung gesucht worden. Der Vorsitzende hat dabei vorgeschlagen den Bus über die Welschneureuter Straße und über die Oberfeldstraße direkt zum Hintereingang der Südschule fahren zu lassen. Dort wird eine Haltestelle eingerichtet, wo die Schülerinnen und Schüler ohne Problem den Bus erreichen. Diese Lösung soll ab kommenden Schuljahr umgesetzt werden.
- Die Deckenerneuerung L 605 Linkenheimer Landstraße im Kreuzungsbereich ist vom TBA an eine Neureuter Straßenbaufirma vergeben worden. Die Kosten betragen 260 000 €. Die Arbeiten werden in der Zeit vom 17.08. – 11.09. (nach der Kerwe) ausgeführt.

•
Zu Punkt 4 der T.O.: **Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat**

4.1 Ortschaftsrat Günther Groß informiert, dass die im Bereich Linkenheimer Landstraße/Blankenlocher Weg in die Abbiegespur hineinwachsenden Büsche eine Verkehrsbehinderung darstellen.

Antwort:

Überprüfung zugesagt.

4.2 Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt weist auf die gefährliche Situation an der Südschule hin und möchte in diesem Bereich Tempo 30 eingeführt haben und eventuell Poller aufstellen.

Antwort:

Die Ortsverwaltung hat dies bereits auch auf Wunsch des Ortschaftsrates wiederholt beantragt und immer wieder Absagen bekommen, das letzte Mal vor etwa einem Jahr. Das Aufstellen von Pollern ist nicht erlaubt, da diese Verkehrshindernisse darstellen.

Zusage, dass die bisherige Vorgehensweise aufbereitet und dargestellt wird.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: